

Dernburg über Kriegsziele und Neuordnung.

Fortschrittlicher Parteitag für Schleswig-Holstein

* Neumünster, 1. Juli

Die Fortschrittliche Volkspartei Schleswig-Holsteins hielt heute hier ihren Parteitag ab. Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg erstattete ein umfangreiches Referat über die Neuordnung, in dem er auch ausführlich die gesamtpolitische Lage behandelte. Er stellte folgende „Kriegsziele“ auf, wobei er betonte, daß diese persönliche Auffassung die Partei nach keiner Richtung binde:

1. Annektionen freier und an Selbständigkeit und Selbstbestimmung gewöhnter Völker, wie Belgien, lehne ich ab. Das schließt nicht aus, daß wir die Trennung der beiden sich einander bedingenden Völkerstämme, der Flamen und Wallonen, falls eines derselben es verlangt, weiter fördern und daß wir uns bei der künftigen Weitergestaltung Belgiens solche Garantien geben lassen, die nach menschlichem Ermessen es unwahrscheinlich machen, daß dort irgend eine andere Macht einen größeren Einfluß ausübt, als wir selber.
2. Die Erwerbung von Stücken von Frankreich, wie des Erzbeckens von Briey und Longwy, lehne ich für meine Person ab. Ebensovienig bin ich natürlich bereit, in der Frage Elsaß-Lothringens Konzessionen zu machen.
3. Wenn die Oberste Heeresleitung aus Gründen militärtechnischer Natur hier und da gewisse Grenzverschiebungen fordert, die für die Verteidigung unseres Landes, das in der Mitte Europas immer in gefährdeter Lage sich befindet, unerlässlich sind, so stehen auch dem meine Forderungen nicht entgegen.
4. Was unsere Kriegsziele nach Osten angeht, so ist die Entwicklung Rußlands abzuwarten. Was unsere Alliierten im Süden und Südosten angeht, so ist es an ihnen, zu sagen, was sie verlangen; es ist nicht meines Amtes, mich da hineinzumischen. Sie haben treu zu uns gestanden, wie wir zu ihnen, und dieses Verhältnis werden wir aufrecht erhalten, Treue um Treue!
5. Wir verlangen die Rückgabe unseres geraubten Kolonialreiches, und wir verlangen, daß es diejenigen Ergänzungen erfährt, über die wir im Jahre 1914 mit England nahezu einig waren.
6. Wir verlangen, daß alle die Ziele aufgegeben werden, die die Pariser Wirtschaftskonferenz für den Welthandelverkehr aufgestellt hat.
7. Wir verlangen „die freie See“, den Ausschluß der Hegemonie irgend einer Macht auf dem Weltmeer und insbesondere die Wiederherstellung und Achtung des Völkerrechts in Zeiten des Friedens ebenso wie des Krieges. Das Meer ist das Eigentum keiner Nation, es ist die Hochstraße aller.

Der Redner ging dann ausführlich auf die deutsche Reichsverfassung ein, um auf die Frage der Neuordnung überzugehen. Er führte hierzu aus:

Wir verlangen die Neuorientierung jetzt. Die Neuordnung im Reich muß aufgebaut werden auf einer der völkischen Zusammensetzung entsprechenden Reichsregierung, Bundesrat und Reichstag. Man kann damit nicht warten, bis der Friede da ist, denn der Frieden muß als Grund- und Eckstein dieses neuen Aufbaues mit der neuen Maschinerie gemacht werden.

In der Frage des preussischen Wahlrechts sei die Zeit der Kompromisse jetzt vorbei. Nur das Reichstagswahlrecht komme, trotz seiner Mängel, in Frage. Aber auch das kommunale Wahlrecht muß geändert werden. Es geht nicht an, daß liberale Parteipolitiker, die im wesentlichen in der Kommunalverwaltung tätig sind, mit denselben Argumenten, mit denen die preussischen Konservativen ihr Dreiklassenwahlrecht verteidigen, das ihre für die Stadtverwaltungen verteidigen, damit liefern sie nur Wasser auf die Mühle der Gegner.

Der Parteitag nahm schließlich eine Erklärung an, worin den Kämpfern an der Front der Dank der Heimat ausgesprochen wird. Ferner wird die unverzügliche volkstümliche Neuordnung vom Reich und Staat, insbesondere in Preußen die sofortige Ersetzung des Dreiklassenwahlrechtes durch das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gefordert, daß sich im Kriege als eine Grundlage unserer nationalen Stärke erwiesen hat.